



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 43. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung — am 02.04.2013 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner

Frau Christin Menzel

Herr Klaus Hubrig

Anwesend bis 18:10 Uhr

Herr Dirk Steinhausen

Herr Erich Ertl

Anwesend bis 18:10 Uhr

Sachkundige Einwohner

Herr Christian Heller

Herr Hartmut Rex

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Dr. Ralf von der Bank

Herr Jörg Niendorf

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger

Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent
Frau Heidemarie Köppen, Dezernat IV, Flughafenkoordinatorin
Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin
Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter
Herr Berndt Schütze, Landwirtschaftsamt, Amtsleiter

Gäste

Herr Peter Ilk, Vorsitzender der LAG Lokale Aktionsgruppe "Rund um die
Flaeming-Skate" e. V. und Bürgermeister der Stadt Baruth/Mark
Frau Bianca Moeller, Regionalmanagerin, LAG
Herr Lutz Klauber, Regionale Planungsgesellschaft Havelland-Fläming,
Sachbearbeiter/Regionalplaner

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Information über die Windkraftanlage WEG 37 (Petkus, Ließen,
Charlottenfelde)
- 4 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2013
- 5 Anfragen der Abgeordneten
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 7 Unterstützung von Vorhaben der ländlichen Entwicklung im Rahmen
von ILE und LEADER
- 8 Flughafen BER

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung

Herr Habermann begrüßt die Mitglieder des Ausschusses zur 43. öffentlichen Sitzung. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht verschickt wurde. Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Er begrüßt Herrn Klauber von der Regionale Planungsgesellschaft Havelland-Fläming sowie Herrn Ilk und Frau Moeller von der LAG (Lokale Aktionsgruppe "Rund um die Flaeming-Skate" e. V.) zum TOP 3 bzw. 7.

TOP 2

Einwohnerfragestunde

Anfragen der Einwohner liegen nicht vor.

TOP 3

Information über die Windkraftanlage WEG 37 (Petkus, Ließen, Charlottenfelde) (Präsentation siehe Ratsinformationssystem)

Auf Grund einer Anfrage der Bürgerinitiative „Petkus, Ließen, Charlottenfelde“ zum Windeignungsgebiet 37, an Herrn Lindner gerichtet, zeigt **Herr Klauber** von der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming in einer anschaulichen Präsentation die Schwerpunkte auf. Die Planungsregion besteht aus den 3 Landkreisen Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und den kreisfreien Städten Potsdam und Brandenburg.

Auf Grund des Priviligierungstatbestandes, den der Gesetzgeber 1998 geschaffen hat, ist die Windenergienutzung im Außenbereich grundsätzlich zulässig. Das bedeutet nach Auffassung der deutschen Gerichte, insbesondere des 2. Senates des OVG Berlin-Brandenburg, einer strikten Folge von Planungsschritten zu folgen bzw. nach einer bestimmten Methode vorzugehen. Von der grundsätzlich für geeignet gehaltenen Fläche, die ganze Region betreffend, werden in stufenweiser Vorgehensweise, die Flächen abgezogen, wo belastbare Belange der Windenergienutzung entgegenstehen. Ob ein solcher Belang belastbar ist, muss immer vor dem Gesichtspunkt der Grundsatzentscheidung des Priviligierungstat-bestandes gesehen werden.

Im Weiteren erläutert **Herr Klauber** die Planungsabfolge und Alternativenprüfung, die zur Darstellung des Eignungsbereiches bei Petkus/Ließen geführt hat.

Herr Habermann dankt Herrn Klauber für die interessanten und aufschlussreichen Ausführungen. Windenergieanlagen sind ein Thema, das die Bürger immer wieder interessiert. Nun besteht die Möglichkeit, Fragen an Herrn Klauber zu stellen. Um eine Energiewende herbeizuführen, sind diese Windkraftanlagen einfach notwendig. Leider werden sie mittlerweile in Landschaftsschutzgebieten (LSG) errichtet, wenn keine anderen Flächen zur Verfügung stehen.

Herr Klauber kann das bestätigen. In einem Erlass des Umweltministeriums vom 01.01.11 wird gesagt, dass auch die Inanspruchnahme von LSG für die Windenergienutzung zulässig sein kann, wenn es sich um Randbereiche von LSG handelt, die ein weniger wertvolles Landschaftsbild aufweisen und der Schutzzweck der SG-VO nicht entgegensteht. LSG sollen ausgeschlossen bleiben. Uns beschäftigt sehr die Nähe zu den Siedlungen, da auch die TA Lärm gerade die 1000 m hergibt, eher weniger. Wir würden ja hier wenigstens die 1000 m annehmen, aber schon bei der gemeindlichen Planung bleibt es bei den 800 m. Es gibt immer wieder Anträge mit Windenergieanlagen im 800 m-Bereich, diese 200 m, die wir gern dazu geben würden, sind schwer zu verteidigen, weil die TA Lärm durchaus auch geringere Abstände zulässt. Wir hätten auch gern mehr Rücksicht auf die Landschaft. Die Anlagen

haben Masthöhen von 200 m und sind höher als der Kölner Dom... Deswegen sollen südlich der B 102 keine weiteren Anlagen mehr entstehen. Das ist ein angemessener Beitrag der Region für diese Energiewende, wie sie 2020 aussehen wird.

Herr Habermann erkundigt sich, inwieweit Windkraftanlagen überhaupt in Wälder gestellt werden?

Herr Klauber antwortet, dass Wald grundsätzlich kein Ausschlusskriterium mehr ist. Beim 1. Plan in den Jahren 2002/03 war die technische Entwicklung so, dass der Wald sich als nicht geeignet anbot. Das ist heute vollkommen anders. Es gibt Turmhöhen von 149 m, der Rotor lässt zwischen den Baumwipfeln ca. 60 m Platz. Diese Anlagen müssen versichert werden und werden über Kredite finanziert. Eine ungeklärte Frage, was gegen den Wald spricht, ist das Vorkommen von Fledermäusen, da nicht zuverlässig bekannt ist, wo sie sich tatsächlich befinden. Es gibt keine Daten von Fledermausvorkommen. Dies muss weiter untersucht werden.

Die meisten dieser Verfahren haben gerade erst begonnen, bei Petkus und Ließen wurden 32 Anlagen beantragt, sie sind umweltverträglichkeitsprüfungspflichtig.

Herr Steinhausen bittet um nähere Informationen zum Sachverhalt.

Herr Habermann verliest das Schreiben der Bürgerinitiative an Herrn Lindner (siehe Anlage). Er zeigt sich erstaunt, dass niemand von der BI vor Ort ist, da das Thema auch in der Presse bekannt gegeben wurde. Durch Herrn Klauber erfolgten umfangreiche Erläuterungen, wie die Entscheidung zustande gekommen ist, welche Bedingungen gestellt wurden. In jedem Fall sind Windkraftanlagen Kompromisse, ansonsten lässt sich diese Energiewende nicht herbeiführen.

Herr Steinhausen: Sie haben gerade von Kompromissen gesprochen. Ich kenne die Beantragung von 32 Windkrafträdern, die BI will sie dort nicht haben, es sollen weniger werden. Wo liegt der Kompromiss?

Herr Ilk, antwortet als Bürgermeister der Stadt Baruth/M., dass sich die Stadt Baruth/M. im Dialog mit der BI in Petkus befindet.

Die Stadt Baruth/M. hat im letzten Jahr einen Aufstellungsbeschluss für einen BP „Windpark“ Petkus gefasst und befindet sich derzeit im Planverfahren. Das wurde der BI mitgeteilt - vorgesehen ist, sie eng in das Planverfahren einzubinden. Ob die gestellten Forderungen von 1500 m oder 2000 m realisierbar sind, ist offen. In der Bauausschusssitzung am 08.04.2013 in Petkus wird der 1. Planentwurf vorgestellt, dann werden mit der BI die weiteren Schritte besprochen. Dieser Windpark ist nicht mehr zu verhindern. Die Stadtverordnetenversammlung hat sich gegen einen 2. großen Windpark in Groß Ziescht ausgesprochen. Die Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft fehlt noch. Es wird ein spannender Prozess, der uns mit Sicherheit noch ein Jahr voll beschäftigen wird.

Herr Steinhausen möchte von Herrn Ilk wissen, ob die Planung deckungsgleich mit der vorgestellten Planung in Petkus ist?

Herr Ilk bejaht die Frage, in dem Fall orientiert man sich an den Vorgaben des Regionalplanes, der aber noch nicht rechtskräftig ist.

Herr Lindner äußert, dass es sich die Regionale Planungsgemeinschaft nicht einfach gemacht hat. Wichtig ist aber, Abstände zur Bebauung einzuhalten. Da aber der Bebauungsplan bereits aufgestellt wurde, sollte Herr Ilk unbedingt die BI mit in die Diskussion

einbeziehen. Zu bedenken sind die vielen Anträge für Windkraftanlagen auf den Feldern, die letztlich nicht mehr bestellt werden.

Herr Ilk meint, dass die BI ernst genommen wird, zeigt auch, dass ein Aufstellungsbeschluss gefasst wurde. Es besteht noch die Möglichkeit, mitzugestalten.

Herrn Rex interessiert, wie die Absicherung der Einspeisung, die Abnahme der Windenergieanlagen erfolgt? Das wird der Investor sicher nicht selbst machen?

Herr Klauber: Im Raum Niederer Fläming wurde durch Zusammenschluss von verschiedenen Windenergieunternehmen außerhalb der Region – bei Schönwalde - ein Umspannwerk einschließlich Zuleitung gebaut, wo direkt in das 380 kV-Übertragungsnetz eingespeist werden kann. Um die Effektivität des gesamten Bereiches zu erreichen ist, eine Verbindung von Baruth nach Schönwalde über eine zusätzliche 110 kV-Leitung erforderlich. Die Planung ist abgeschlossen und die Verbindung wird gebaut. Im Vergleich zu anderen Landesteilen besteht hier eine gute Stromabnahme. Der Gesetzgeber hat eine ganz klare Regelung getroffen, die erneuerbare Energieanlage ist die, die als letztes abgeschaltet wird, wenn die Sicherheit des Netzes nicht mehr gewährleistet werden kann. Mit der jetzt in Planung gehenden zusätzlichen 110 kV-Leitung wird es eine vergleichsweise komfortable Situation geben.

Zum angesprochenen Kompromiss: Die Umzingelungssituation ist nicht völlig auszuschließen, aus verschiedenen Blickwinkeln steht immer das Landschaftsbild im Vordergrund. Ersatzweise könnte das Gebiet auf der Gemarkung Schlenzer in der Gemeinde Niederer Fläming ausgedehnt werden. Der Bereich Petkus könnte verringert werden, indem das Gebiet weiter nach Westen geschoben und die Ausdehnung im Niederer Fläming noch vergrößert wird. Aber dann ist der Heidehof zu reduzieren, wo bereits 7 oder 8 Anlagen in der Jänickendorfer Heide genehmigt sind. Spielräume sind vorhanden, es stehen aber wirtschaftliche Interessen dahinter. Es gibt eine starke Fraktion, die es gerne sehen würde, wenn eine Ausdehnung erfolgt. Insofern ist die Entscheidung gut zu überlegen. Kompromisse sind denkbar und nicht auszuschließen. Sie müssen jedoch vor den strengen Maßstäben des 2. Senates vom OVG Bestand haben.

Auf die Frage von **Herrn Rex**, ob es sich bei der angesprochenen Trasse von Baruth/M. nach Schönwalde um eine Freileitung oder Erdverkabelung handelt, antwortet **Herr Klauber**, dass es sich um eine 110 kV-Freileitung handelt.

Herr Rex äußert seine Bedenken gegen die Vorhaben der derzeitigen Förderung von Windkraftanlagen. Die Abnahme im Gesetz ist zwar geregelt und soll auch garantiert werden, aber er glaubt nicht, dass in dem Umfang die Erzeugung von Strom auch wirklich erfolgen wird.

Herr Klauber bestätigt die eindeutige Rechtslage. Es gibt eine Anschluss- und Benutzungspflicht, also die EEG-Anlage muss angeschlossen werden und der Strom, der in der EEG-Anlage produziert wird, muss zum garantierten Preis nach Gesetz über die Förderung der erneuerbaren Energien auch abgenommen werden. Insofern gibt es wenig Anlass, die Eignung in Zweifel zu ziehen.

Herr Habermann bedankt sich bei Herrn Klauber und auch bei Herrn Ilk für die Ausführungen zum Thema.

TOP 4

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.02.2013

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 05.02.2013 vor. Sie gilt damit als genehmigt.

Die Behandlung der Niederschrift vom 05.03.2013 wird als TOP in die nächste Sitzung genommen.

TOP 5

Anfragen der Abgeordneten

Herr Hubrig möchte wissen, wann die Restarbeiten an der neuen B 101 vorgenommen werden? Auch der Schilderwald an den Baustellenausfahrten ist noch sehr groß.

Herr Gärtner kennt keinen Termin, wird sich aber bei der DEGES erkundigen, wann die Strecke komplett befahrbar ist.

Herr Rex kritisiert, weshalb zu den entsprechenden TOP zur Einladung keine entsprechenden Vorlagen herausgegeben werden. Er erwartet diese weiterführende Information, um sich auf die Sitzung entsprechend vorbereiten zu können. Diese Kritik äußert er nicht zum ersten Mal und er bittet die Verwaltung um eine bessere Vorbereitung.

Dazu äußert **Herr Habermann**, dass er die Abgeordneten des Ausschusses auch um Vorschläge für die TO bittet. Kommen Vorschläge rechtzeitig, kann sich die Verwaltung besser auf die Sitzungen vorbereiten. Es gibt eine Vielzahl von Problemen und notwendigen interessanten Themen, die gelöst werden müssen, aber er erwartet auch von den Abgeordneten und sachkundigen Bürgern entsprechende Hinweise und Zuarbeit.

TOP 6

Mitteilungen der Verwaltung

Herr Gärtner informiert über ein Gespräch, das er als Vorsitzender der AG Süd des Kommunalen Nachbarschaftsforums Berlin-Brandenburg gemeinsam mit dem Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren im Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf mit der Amtsleiterin für Stadtentwicklung und dem Leiter des dortigen Tiefbauamtes wegen der Osdorfer Straße geführt hat. Die Osdorfer Straße ist eine Gemeindestraße, dient aber überwiegend dem überörtlichen Verkehr. Die Straße hat nicht die erforderliche Ausbaubreite, obwohl sie mit ca. 9.000 bis 10.000 KFZ pro Tag belegt ist. Die Gemeinde Großbeeren trägt sich mit dem Gedanken, die Straße entweder einzuziehen oder vor Berlin zu kappen. Im Sinne der guten Nachbarschaft war Ziel des Gespräches, zunächst zu erfahren, wie der Berliner Bezirk die Problematik sieht. Es wurde mitgeteilt, dass dort, wo die Osdorfer Straße in Berlin einbindet - auf dem ehemaligen Kasernengelände - der Berliner Senat im Rahmen seines Stadtentwicklungsprogrammes „Wohnen im Land Berlin“ plant, ca. 3.300 bis 3.500 Wohneinheiten zu errichten. Der Bezirk sieht dies als zu viel an und möchte darauf hinwirken, dass lediglich ca. 1.800 Wohneinheiten dort entstehen. Fakt ist natürlich, dass mit dem Errichten dieser Wohneinheiten auch zusätzlicher Verkehr entstehen wird.

Es konnte festgestellt werden, dass zwischen dem Bezirk und der Gemeinde Großbeeren eine Übereinstimmung besteht, dass nämlich die Osdorfer Straße und den Berliner Teil in einer Breite von 6.50 m auszubauen und auch einen Geh- und Radweg zu planen. Der Berliner Bezirk wird auf den Investor zugehen, der auch diesbezüglich bei der Senatsverwaltung vorstellig werden soll und wir werden Ähnliches auf Brandenburger Seite veranlassen. Ziel ist aus Großbeerener Sicht, die Straße als Landesstraße einstufen zu lassen. Dies wird vom Landkreis unterstützt und entsprechende Gespräche sind im Ministerium zu führen.

Abschließend übergibt Herr Gärtner ein Schreiben an die Abgeordneten zum Regionalverkehr im Bereich Rangsdorf. Hier geht es um die „Forderung der Gemeinde zur Aufrechterhaltung des Streckenverlaufs des RE 7 bis zur Inbetriebnahme der Dresdner Bahn und zur Sicherung des Regionalverkehrs der RE 3 auf der Anhalter Bahn“ gerichtet an die amt. Landrätin Frau Gurske. Hier wird ausführlich dargestellt, was das für die Regionalbahnlinien und Strecken usw. bedeuten würde.

TOP 7

Unterstützung von Vorhaben der ländlichen Entwicklung im Rahmen von ILE und LEADER

(Präsentation siehe Ratsinformationssystem)

Herr Habermann informiert über ein Schreiben von Minister Vogelsänger vom 26.02.2013 zur Unterstützung von Vorhaben der ländlichen Entwicklung im Rahmen von ILE und LEADER. Dort wurde dargestellt, was seitens des Ministeriums im Rahmen dieser beiden Programme geleistet wurde. Sein Wunsch war es deshalb, in diesem Ausschuss die Entwicklung darzustellen und aufzuzeigen. Er bittet Herrn Ilk und Frau Moeller um ihre Ausführungen.

Herr Ilk, hier in der Funktion als Vorsitzender der Lokalen Arbeitsgruppe (LAG) „Rund um die Flämingskate“, erklärt, ILE und LEADER sind europäische Förderprogramme, die den ländlichen Raum entwickeln und beleben sollen. Mithilfe der LAG sollen aus den einzelnen Regionen heraus Projekte entwickelt werden, die Bewohner sollen sich in und mit ihren Ideen und Projekten engagieren und wiederfinden. Insofern ist die LAG ein Zusammenschluss der Akteure aus dem Landkreis. Seit 2 Förderperioden werden Projekte entwickelt, wobei die Förderperiode von 2007 bis 2013 sehr erfolgreich war. Herr Ilk erklärt weiter, dass innerhalb des Vereins nicht nur Kommunen sondern auch Privatleute, Partner aus Wirtschaft und sozialen Bereichen vertreten sind, fast 100 Akteure zählt der Verein. In dieser Förderperiode erfolgte auch die Bewerbung als LEADER-Region. Eine Forderung der EU war z. B. eine Größengrundlage von 100 000 Einwohnern und in erster Linie sollte der ländliche Raum gefördert werden.

„Mit dem GLES (Gebietsbezogene lokale Entwicklungsstrategie) wurde ein Konzept erarbeitet mit dem wir uns bei der EU beworben haben und war Handlungszeitraum für diese Förderperiode“ erklärt Herr Ilk. In Zeit von 2008 bis 2012 wurden über Vorstand und Geschäftsstelle etwa 228 Projekte behandelt, 168 Bewilligungen mit einer Fördersumme von ca. 20 Mio. €. Rechnet man die Eigenmittel dazu, kommt man auf ein Investitionsvolumen von ca. 35 Mio. €.

Herr Lindner erkundigt sich nach dem Fördermittelgeber?

Herr Ilk äußert, Fördermittel erfolgen aus dem ELA-Fonds (Europäischen Landwirtschafts-fonds) und **Frau Möller** ergänzt, dass Bund und Land Mittel dazu geben.

Herr Ilk erklärt, mit einem Infobrief wird versucht, neue Mitstreiter zu gewinnen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Schaffung von Arbeitsplätzen, das kann beispielsweise ein kleiner Betrieb entlang der Skaterbahn sein, junge Familien im ländlichen Raum bei der Schaffung von Wohnraum werden unterstützt.

Bei den einzelnen Projekten wird Wert auf eine entsprechende Ausgewogenheit gelegt.

Auch ist die LAG auf der jährlich stattfindenden „Grünen Woche“ vertreten.

Des Weiteren besteht ein LAG-Forum, um mit Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern in Kontakt zu treten.

Ein Modelprojekt – Service im Dorf – wurde gefördert, um z. B. kleinere Läden in den Dörfern wieder zu reaktivieren.

Ab 2014 wird es neue Modalitäten geben, die im Laufe des Jahres erarbeitet werden, um in der gleichen Gebietskulisse weiterzuarbeiten.

Künftig soll es einen sogenannten Multifonds-Ansatz geben, das sind Mittel, die nicht nur aus dem Landwirtschaftsfonds, sondern bei bestimmten Projekten aus dem EFRE-Fonds - für Wirtschaft - und aus dem ESF - Europäischen Sozialfonds – gezahlt werden.

Momentan wird das Regionale Entwicklungskonzept erarbeitet. Herr Ilk bedankt sich dafür, dass die LAG mit einem Zuschuss 20 000 € für die gesamte Förderperiode unterstützt wird. Derzeit werden Gespräche mit den Kommunen geführt, um für die künftigen Vorhaben eine Projektsicherung zu haben und eigene Projekte zu fördern.

Herr Lindner interessiert, ob durch die LAG selbst Projekte entwickelt werden oder Bürger der Kommunen mit eigenen Projekten auf Sie zukommen?

Darauf antwortet **Herr Ilk**, Beides ist möglich. Es gibt eigene Projekte, wie z. B. die offenen Höfe, aber die Bürger werden auch direkt angesprochen. Auch die Amtsblätter der Gemeinden werden genutzt, um auf Projekte aufmerksam zu machen.

Ein Ansprechpartner in der Geschäftsstelle in Luckenwalde ist immer vor Ort. Gemeinsam mit dem Bürger werden die Fördermittelanträge ausgefüllt und bis zur Förderung begleitet – in beiderseitigem Interesse.

Frau Moeller ergänzt: Die offenen Höfe in der Nuthe-Nieplitz-Region sind ein LEADER-Kooperationsprojekt im Naturpark Nuthe-Nieplitz. Dieses Projekt wurde gemeinsam mit der LAG Fläming–Havel entwickelt. Die überwiegende Anzahl der 168 bewilligten Projekte sind Einzelvorhaben. Die Palette reicht von Privatunternehmen bis zu kleinstgewerblichen Unternehmen. Über den ELA werden nur Kleinstunternehmen gefördert. Das wird sich künftig über den Multifondsansatz ändern, wo eine Förderung noch über EFRE und ESF erfolgen kann. Auch Privatpersonen, die z. B. Ferienwohnungen ausgebaut haben, oder dorftypische Handwerksgewerbe u. Dienstleistungstätigkeiten sind Fördertatbestände. Aus dem LAG-Forum sind eigene Projekte, wie das Modelprojekt „Service im Dorf“ entstanden, wo es um die Aufrechterhaltung der Nahversorgung in den Dörfern geht.

Durch Infotafeln und Wegweiser sollen Touristen beispielsweise an die Dorfläden herangeführt werden. Demnächst werden Fachberatungen für die Dorfladenbetreiber angeboten, es gibt eine Exkursion mit interessierten Akteuren aus der Region, hier werden Beispiele aus anderen Regionen in Augenschein genommen, wie z. B. der Verwaltungsbürgerbus in Wittstock.

Herr Rex hätte gern nähere Informationen zu den 35 Mio. € der letzten Förderperiode. Er äußert, dass davon optisch sehr wenig sichtbar ist, obwohl er relativ viel, auch im Raum Baruth/M./Paplitz, unterwegs ist.

Herr Schütze weist auf eine Kreistags-Vorlage hin, in der es um die Unterstützung der LAG für die nächste Förderperiode 2014 - 2020 geht. In dieser Vorlage werden die Abgeordneten über den Inhalt, wie ihn Herr Ilk darlegte, informiert. Es wurden ca. 10 Beispiele als Förderschwerpunkte genannt, die große Bedeutung haben, wie z. B. das Frauenhaus in Baruth/M., das mit 1,8 Mio. € gefördert wird, oder das Kloster in Dahme/M. – hier wurden die Kirchendächer neu gemacht. Es entstanden diverse Pensionen am Rande der Fläming-Skate. Auch eine Reihe von kommunalen Objekten wurden gefördert wie Kindergärten, altengerechte Wohnungen im ländlichen Raum. Er regt an, eine Liste mit den größeren Objekten der letzten Förderperiode dem Protokoll anzufügen. Die Liste ist im Ratsinfosystem einsehbar.

Diesem Vorschlag stimmt **Herr Ilk** zu.

Herr Habermann bedankt sich bei Herrn Ilk und Frau Moeller für die interessanten Informationen. Der LKTF hatte beachtliche Investitionen mit der Fläming-Skate, nun geht es darum, die Region rund um die Fläming-Skate weiter zu entwickeln und den Süden des Landkreises attraktiver für den Tourismus zu gestalten.

TOP 8

Flughafen BER

Herr Habermann informiert über die letzte Sitzung der Fluglärmkommission vom 18. März 2013. Hauptthema dieser Sitzung sollte die Wahl eines/r neuen Vorsitzenden sein, da Frau Kathrin Schneider als neue Staatssekretärin berufen wurde. Die nächste Sitzung wird erst im Oktober stattfinden, bis dahin hofft man auf die Wahl eines neuen Vorsitzenden.

Es wurde die ILA (Internationale Luftfahrtausstellung) ausgewertet. U. a. beschwerten sich viele Bürger aus der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow über kriegsähnliche Zustände. Als Antwort erhielt Herr Habermann, die ILA wäre wesentlich attraktiver geworden und es gab nur halb so viele Beschwerden wie vor 2 Jahren.

Der Leiter des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung, Prof. Herrmann, erläuterte, wie derzeit mit den Klagen umgegangen wird. Klagen gab es bei der sogenannten Wannseeroute, wo die Flieger sich bereits in weit über 1500 m Höhe befinden. Hier wird das Bundesaufsichtsamt Revision beim Bundesverwaltungsgericht gegen die Entscheidung des OVG (Oberverwaltungsgericht) einlegen. Weitere Klagen sind zum passiven Schallschutz anhängig. Die Klagen werden vor dem OVG Berlin-Brandenburg im April verhandelt und die Klage der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gegen die Doppelbelastung erfolgt im September.

Der Bezirk Treptow-Köpenick hatte eine Beschlussvorlage eingebracht, dass keine Doppelbelastung erfolgen soll. Der Flugbetrieb soll durch einen abhängigen Flugbetrieb geregelt werden soll, auf den unabhängigen Parallelbetrieb soll verzichtet werden. Diese Beschlussvorlage wurde mit deutlicher Mehrheit bestätigt. Die Fluglärmkommission bestätigt, dass der Flugbetrieb in einem abhängigen Betrieb abgewickelt werden soll und das wäre auch eine Grundlage für die Verhandlung beim Bundesverwaltungsgericht im September. Das waren die 4 wichtigen Dinge aus der Fluglärmkommission. Die nächste Sitzung findet im Oktober statt.

Herr Gärtner möchte für eine Beratung mit allen Fraktionen zum aktiven Schallschutz durchführen. Diese Beratung soll wieder im FBZ (Flughafenberatungszentrum) in Mahlow stattfinden. Sein Vorschlag wäre, die Beratung an einem Freitag, um 17.00 Uhr durchzuführen. Das Einverständnis der Abgeordneten und sachkundigen Einwohner liegt vor.

Herr Rex möchte wissen wie die Entwicklung bei der BADC ist und wie sich der Kreis dazu verhält?

Herr Gärtner antwortet: Die BADC (Berlin-Brandenburg Area Development Company) hat eine sehr lange Geschichte. Sie besteht ausschließlich aus kommunalen Gesellschaftern aus den Gemeinden im Flughafenumfeld und zwei Landkreisen. Es gab diverse Probleme, die aber überwunden sind. Diese Gesellschaft hat sehr viel Gutes für die gesamte Region getan und wird das mit Sicherheit in der Zukunft noch tun.

Das Problem im vergangenen Jahr war, dass der Gesellschafter Gemeinde Schönefeld, der den größten Anteil mit 26 % hat, aus nicht mit der BADC zusammenhängenden Gründen beschloss, aus der BADC auszutreten. Das war ein großes Alarmzeichen – und die BADC ohne die Gemeinde Schönefeld wäre relativ schwierig. Mittlerweile ist die Situation aber so,

dass die Gemeinde Schönefeld 3 % der Anteile behalten würde. Nun sind noch 23 % der Anteile zu verteilen.

In einem Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung, dem Bürgermeister Lutz Franzke in Königs Wusterhausen und Vertretern des LK DS, Herrn Gärtner und Herrn Trebschuh wurde vereinbart, die Gesellschafterstruktur neu zu ordnen. Derzeit hat der LK DS 75 % und der LK TF 25 % an Anteilen. Die Gesellschafteranteile im Landkreis Teltow-Fläming sollten jedoch unter den 4 Gemeinden (Rangsdorf, Blankenfelde-Mahlow, Ludwigsfelde, Großbeeren) mit jeweils 6 % und dem Landkreis Teltow-Fläming mit 5 % aufgeteilt werden. Auf Grund der schwierigen Haushaltslage ist es dem Landkreis Teltow-Fläming in diesem Jahr nicht möglich, Gesellschafteranteile aufzustocken.

In einer kürzlich stattgefundenen Beratung mit dem Geschäftsführer und den 4 Gesellschaftern wurde folgende Lösung angedacht. Die 23 % werden folgendermaßen aufgeteilt: Da der LK TF keine weiteren 5 % übernehmen kann, übernimmt die Gemeinde Rangsdorf 10 %, die Gemeinden Großbeeren und Ludwigsfelde jeweils 4 % und der LK DS 5 % der Anteile.

Herr Rex äußert, dass sich alles nur ums Geld dreht und der Ruf der BADC negativ belastet ist. Er findet es nicht richtig, dass in der Endkonsequenz alles wieder den Kommunen zugeschoben wird. Die Kommunen wurden zur ganzen Angelegenheit Flugplatz, speziell geht es um Rangsdorf, nicht gefragt. Er findet das unfair, dass die Gemeinden zur Kasse gebeten werden.

Herr Gärtner kann die Äußerung von Herrn Rex nicht nachvollziehen. Diese Gesellschaft ist ausschließlich eine kommunale Gesellschaft. Man muss schauen, was die Gesellschaft macht. Es geht ausschließlich um 2 Gesichtspunkte. Zum einen hat die BADC einen sogenannten interkommunalen Flächenpool, der vom Dialogforum finanziell unterstützt wurde. Das heißt, diverse Ausgleichsmaßnahmen warten darauf, umgesetzt zu werden. Investoren brauchen sich nicht um Ausgleichsmaßnahmen kümmern, sondern können die BADC beauftragen, vorhandene Maßnahmen aus dem Flächenpool umzusetzen. Anlaufpunkt wäre dann unsere BADC-Gesellschaft. Dass in der Gemeinde Rangsdorf gegenwärtig ein schlechtes Bild über die BADC besteht, ist bekannt. Herr Jansen als jetzigen Geschäftsführer ist eine gute Leitungstätigkeit zu bescheinigen, die nachvollziehbar ist. Es gibt einen Verlustvortrag bis 2014, und danach gibt es auch keine Zuschüsse mehr.

Herr Habermann: Damit wurde auch die berechtigte Frage von Herrn Rex beantwortet. Da keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich Herr Habermann für die Teilnahme, schließt die Sitzung und wünscht einen guten Heimweg.

Datum: 25.04.13

Habermann
Vorsitzender

Remus
Schriftführerin

